

Gillier Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Presernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Aufändigungen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegen. — Bezugspreis: Vierteljährig K 18.—, halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.— Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 70 Heller.

Nummer 3

Gilli, Donnerstag den 15. Jänner 1920

2. [45.] Jahrgang

Eine Neue Partei.

In Gilli ist in letzter Zeit eine Parteigründung unter dem Namen „Untersteirische Wirtschaftspartei“ vorbereitet worden. Wer in die Bevölkerung kommt und die Meinung des steirischen Unterlandes einigermaßen abzuschätzen in der Lage ist, der mußte schon lange das Gefühl haben, daß eine neue Partei einen sehr fruchtbaren Boden finden kann, wenn sie der vielfach berechtigten Unzufriedenheit Rechnung trägt und den dunklen Drang zu positivem Schaffen wie auch den klaren Willen eines großen Teiles unserer Mitbürger zu einer wirklichen, guten Kommunalwirtschaft zusammenfaßt. Die Klagen und Beschwerden über die Art, wie beispielsweise jetzt die Gillier Gemeindegeschäfte verwaltet werden, haben auch in den Spalten dieses Blattes wiederholt ein lebhaftes Echo geweckt.

Obwohl diese neue Partei keine ausgesprochene nationale Richtung hat, können wir nicht umhin, sie wärmstens zu unterstützen.

Das Programm dieser Partei knüpft an den Teil der Erinnerung an, welche die frühere flaglose, ja beispielgebende Wirtschaft in den untersteirischen Stadt- und Marktgemeinden kennzeichnete. Reiche Erfahrung in wirtschaftlichen Dingen, große, ja opfermütige Selbstlosigkeit und eine rührende Liebe zur angestammten Scholle, das war die treibende, schaffende Kraft. Wer hat gegen die Kriegswirtschaft der Gemeinden einen Stein aufheben, wer auch nur ein leises Wort des Tadels begründet vorbringen können? Große Erfolge sind mit den bescheidensten Mitteln erzielt worden, durch wenige, aber selbstlos arbeitende Personen.

An der Spitze des Programmes steht die selbstverständliche Treue zum Staate. Die Partei kann, soll und wird sich nicht in Negation erschöpfen, sondern sie will kulturelle und wirtschaftliche Arbeit leisten; sie will jedem einzelnen den Aufstieg erleichtern und fördern, damit der Staat ein Fundament erhalte, wie er es sich nur von irgend einer Partei wünschen kann.

Zur gedeihlichen Zusammenarbeit und der größtmöglichen Gesamtwirkung ist es unumgänglich, daß überflüssiger Streit und überflüssige Hemmung ausgeschaltet werden. Darum wird die „Untersteirische Wirtschaftspartei“ dem nationalen Kampfe die schärfste Fehde ansagen. Im freien Spiel der Kräfte der einzelnen Kulturen, welche bei uns zusammenwohnen, liegt die Möglichkeit der Förderung des Ganzen, sowie es Rivalitäten zwischen einzelnen Staaten gibt, welche sich im Wettstreit selbst steigern und durch die Anspannung ihrer Energien der Welt eine höhere Kultur und Zivilisation geben. Das Gute von einer anderen Nation nehmen, heißt, es anerkennen müssen, wenn man nicht selbst Schaden leiden will. Darum ist die neue Partei eine strenge, objektive Gegnerin irgend welcher kulturellen Unterdrückung; sie fordert die Anerkennung der frei gewählten Muttersprache, sie fordert für jede Nation Gerechtigkeit. Sie will nicht, daß Weh und Kummer in die Familien einziehe oder sich mehre, weil irgend ein nationaler Schulzwang das Gefühl der Kinder dem Elternherzen entfremdet. Sie will das

einzelne Individuum in seiner Entwicklung nicht unterbrechen oder gar ersticken lassen, weil die ganze Lebenskraft eines jeden einzelnen für den Staat erhalten und gepflegt werden muß.

Obwohl Wirtschaftspartei, muß diese Vereinigung ernstlicher Männer auch zur Religionsfrage, soweit sie als Hilfe oder Hemmung in die wirtschaftliche Sphäre hineinspielt, Stellung nehmen und auch da ist die Freiheit des Individuums ihr Panier. Sie anerkennt die strengste Religionsübung, wenn sie freiwillig auferlegt ist, verlangt aber auch Gleichstellung des Freigeistes, soferne er dem Staate und seiner Ordnung keinen Schaden zufügen will.

Die neue Partei glaubt dem Wohle des Vaterlandes am besten zu nützen, wenn die Freiheit des einzelnen sich in den freiheitlichen Einrichtungen des öffentlichen Lebens widerspiegeln und betätigen kann. Sie sieht die Freiheit in den Grundzügen verwirklicht in der serbischen Verfassung und Verwaltung und erwartet, daß in dieser Hinsicht auch die anderen jugoslawischen Sprachstämme in die Fußstapfen der führenden Staatsnation treten werden. Die Partei fordert daher die Freiheit der Presse, die Freiheit des Vereinswesens, die Freiheit der Versammlung für alle Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen, nationalen oder politischen Bekenntnisses. Sie verlangt insbesondere Gerechtigkeit auch gegenüber den nationalen Minderheiten. Niemand ist für seine Abstammung verantwortlich; in einem Staate, der zum erstenmal in der Geschichte soviel andersnationale Elemente in sich aufnimmt, muß jeder Minderheit das Recht gewahrt bleiben, daß sie sich im Verkehr mit den Ämtern und Behörden ihrer Muttersprache in Wort und Schrift bedienen. Es wird also von den Ämtern gefordert, daß sie mit den Parteien in der diesen geläufigen Sprache verkehren, nicht aus Gunst, sondern aus Pflicht.

Die neue Partei steht auf dem Standpunkte, daß durch das freie Spiel der Kräfte im öffentlichen Leben der beste Fortschritt und die größte Annehmlichkeit für jeden einzelnen und auf diese Weise schließlich auch die gedeihlichste Wohlfahrt für den Staat erzielt werden kann. Die persönlichen Leidenschaften haben dieses freie Spiel der Kräfte immer mehr in Verruf gebracht. Da muß eine objektive, durchaus rechtlich denkende und schaltende Verwaltung die Grenzen für die ungebundene Entfaltung der freien Kräfte darstellen; was die Erziehung im Haus und in der Schule, was die Religion dem einzelnen an ethischem Bewußtsein der Menschenliebe nicht einpflanzen konnte, das muß im späteren Leben die objektive Behörde durch Gesetze, Verordnungen und deren Handhabung, allenfalls auch mit äußerster Strenge in den unserer Kultur angemessenen Schranken halten. Kein Zuwenig in dieser Richtung, aber auch kein Zuviel! Die Wirtschaftspartei fordert in diesem Sinne die unbedingte Autorität der Behörden. Die Garantie für ein unparteiisches, objektives Wirken der Behörden kann aber nur geboten werden, wenn die Beamenschaft in ihrem Verufe von den Parteien unabhängig ist. Die den modernen kulturellen Erfordernissen entsprechende Trennung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung

kann am besten durch die Einführung eines strengen Zentralismus bewerkstelligt werden. Wenn die Beamenschaft lediglich von einer Zentrale, also in unserem Falle von Belgrad, ihre Direktiven erhält, wird sie sich nicht nur selbst gerne von Parteistreitigkeiten fernhalten, sondern auch durch ein geregeltes Austauschverfahren zwangsmäßig von den Parteileidenschaften abgerückt werden können. Die neue Partei bekennet sich also als Anhängerin des staatlichen Zentralismus.

Die wahre Freiheit im Staate muß aber mit Maß genossen werden; sie muß mit Pflichtbewußtsein durchäuert werden, wenn anders die Errungenheiten der menschlichen Entwicklung nicht unausgenutzt bleiben sollen. Das Volk muß zu den Tagesereignissen Stellung nehmen, es muß sich seine Vertreter und Gesetzgeber selbst wählen; also wird der Wahlzwang gefordert. Das Volk muß den Entschlüssen und Verfügungen seiner Vertreter Gehorsam leisten, kann und soll dafür aber auch Verantwortung verlangen: Verantwortung nicht nur dafür, was diese an Kritik und Zerstörung für den Staat und besonders für die Einzelwirtschaft geleistet haben, wie deren Entschlüsse auf das Wohl und Wehe des einzelnen der Familie gewirkt haben und auswirken werden, sondern auch Verantwortung dafür, was sie an positiver Arbeit für den Fortschritt, für die ordentliche Wirtschaft und für die Sicherheit des einzelnen und der Gesamtheit geschaffen haben.

Die neue Partei nimmt zum Wahlrecht keine detaillierte Stellung, weil sie ohnehin erwartet, daß es auf breiter demokratischer und gerechter, dem modernen Geiste entsprechender Grundlage aufgebaut sein wird. Ihrem Programme getreu, daß keine wie immer geartete Minderheit unterdrückt oder vergewaltigt werden darf, fordert sie für alle Wahlen in öffentliche Körperschaften das Verhältniswahlrecht.

Ihr eigentliches Arbeitsfeld sieht diese Partei, wie es schon ihr Name bekundet, in wirtschaftlichen Fragen; trotzdem vermeidet sie es, eine strenge Grenze zwischen Liberalismus, Sozialdemokratie und Autokratie zu ziehen. Denn sie will nicht doktrinär sein, sondern auf den lebendigen Bedürfnissen des jeweiligen Wirtschaftszustandes aufbauen. Es ist unzweifelhaft, daß die entgüterte Wirtschaft, wie sie jetzt besteht, dem einzelnen einen größeren Zwang antun muß als subjektiv als angenehm empfunden werden kann. Wenn wir aber einmal durch gemeinsame werktätige Arbeit diesen Tiefstand durch Strenge von außen und von innen überwunden haben, dann wird der Liberalismus, das freie Spiel der Kräfte das Vermögen des einzelnen und des Staates heben und so wird in der Folge eine solche Summe von Werten vorhanden sein, daß am Gesamtvermögen weit mehr Personen als vor dem Kriege und schließlich alle werden teilnehmen und mitgenießen können. So wird die Wirtschaft rasch den Weg von Autokratie über Liberalismus zum vernünftigen Sozialismus zurücklegen. Da die Wirtschaftspartei von der Einzelwirtschaft, von der Familie und deren Wohl und deren Wehe ausgeht, so werden die Vertreter dieser Partei, den jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten Rechnung tragend, zuerst für die

strengere, dann für die freiere und endlich für die allgemeine Wirtschaft eintreten. Aber auch deswegen steht die Partei in wirtschaftlichen Fragen heute auf dem Standpunkte, daß verschiedene Berufsgruppen existieren und in ihrem Bestande vom Staate geschützt werden müssen, weil die übrige Welt an dieser Wirtschaft noch festhält und wir daher arm bleiben müßten, wenn wir heute schon die belebende Kraft der Konkurrenz und die damit zusammenhängende persönliche Anspannung ausschalten wollten. Wenn sich in nächster Zeit z. B. alles auf den Kaufmannstand werfen wollte, um ihn zu vernichten, so würden in Kürze aus Konsumvereinen oder Genossenschaften wieder neue Kaufleute hervorgehen und das Ergebnis dieser Entwicklung würde den alten Zustand wieder herstellen. Nur wäre die Wirtschaftsordnung durch diese zerstörende Einwirkung gewaltsam unterbrochen und die Allgemeinheit schwer geschädigt worden. Dabei stehen die Männer dieser Partei auf dem Standpunkte, — und es ist zu beweisen, daß sie daran festhalten, — daß der Mitarbeiter leben muß und möglichst gut leben muß, daß er ohne Rücksicht auf Nation und schulmäßige Bildung vorrücken kann, wenn er sich die dazu nötigen Eigenschaften aus eigenem geschafften hat, daß also die Angestellten und Arbeiter keine Knechte sind, sondern Mitarbeiter, welche ihr vollgerichtetes Anrecht ans Leben haben und möglichst viel genießen sollen. Es hat also in dieser Partei auch der Arbeiter, der Beamte und der Diener seinen gleichwertigen Platz. Die Schichtung der Bevölkerung soll mehr davon abgehoben werden, welche Verantwortung der einzelne für das ihm auf seiner Stelle anvertraute Gut trägt als welche größeren oder kleineren Mittel ihm zu Gebote stehen.

Da, wie erwähnt, die Partei auf dem Standpunkte steht, daß der Staat umso kräftiger ist, je blühender sich die Einzelwirtschaft entfaltet, so verlangt sie nicht nur Schutz für Gewerbe und Industrie, sondern auch deren werktätige Förderung. Die Unterdrückung der Betriebsamkeit vieler Staatsbürger muß aufhören; namentlich müssen die aus unsachlichen Gründen auferlegten Hemmungen wie Geschäftsaufsichten, Steuerfluchtaktionen und Sequestrationen beseitigt werden. Es wird eine unablässige Arbeit der Vertreter dieser Partei sein, daß an den entscheidenden Stellen ohne Rücksicht auf Nation und Stand jene Personen zu Rate gezogen werden, welche sich in ihrem Fache am meisten bewährt haben, die das größte Wissen und die größte Erfahrung darin besitzen.

Die Partei will aber auch dem Staate geben, was des Staates ist. Ihre Vertreter werden sich immer für gerechte, dem jeweiligen Wirtschaftszustande angemessene Steuern einsetzen; aber sie werden verlangen, daß die Lasten gleichmäßig verteilt werden und sie werden namentlich alle Ungerechtigkeiten, welche mit der Nationalität der Steuerträger in ursächlichem Zusammenhange stehen, rücksichtslos bekämpfen. Ihre Vertrauensmänner werden strengstes Gericht über jene halten, welche mit öffentlichen Mitteln wirtschaften, sie werden sich aber auch selbst diesem Gerichte unterwerfen. Sie werden keine Versprechungen geben, daß infolge ihrer Wirksamkeit das Paradies auf Erden ohne Steuern, ohne öffentliche Pflichten kommen werde, aber sie werden fordern, daß die Steuern nicht zu Vermögenskonfiskationen werden, weil solche nicht bloß eine Katastrophe für den einzelnen, sondern vielmehr einen Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft herbeiführen müßten. Sie werden in diesem Zusammenhange auf einen gerechten Ausgleich der Lasten und Vorteile der einzelnen Stämme und Länder in diesem Staatswesen dringen und beispielsweise dem Verhältnis der serbischen Währung zu unserer Krone ihr besonderes Augenmerk zuwenden.

Eine unaufchiebbare, bisher leider so arg vernachlässigte Pflicht sieht diese neue Partei in ihrer Sorge um diejenigen, welche Wertpapiere besitzen

und die durch Zufall oder vom Schicksal darauf angewiesen sind, davon zu leben. Sie will die Noth nicht mitmachen, diese meist feinfühligsten Existenzen zu quälen; sie will aus diesem Titel, der für die Gesamtwirtschaft heute weniger als je eine Rolle spielt, kein Agitationsmittel konstruieren und will jenen, welche aus demagogischen Gründen über Kriegsanleihen und dergl. falsche Argumente vorbringen, in sachlichem Kampfe begegnen.

Doch nicht nur diese Kriegsbeschädigten sollen den Schutz der neuen Partei genießen, sondern auch die, welche in dem unseligen Kriege an Leib und Leben Schaden genommen haben. Die Kriegsinvaliden verdienen den Dank des Vaterlandes nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Gerade weil die Partei vielleicht in der Mehrzahl wirtschaftlich stärkere Personen umfassen wird, ist damit der Wille für fortlaufende Zuwendungen an die ehemaligen Krieger ausgesprochen.

Ebenso scheint es, daß die Pensionisten wahre Kriegsoptionen werden sollen. Auch dieser Gruppe und ihrer wirtschaftlichen Lage wird die neue Partei ihre Arbeit widmen und ihnen ein erträgliches, wohlverdientes Dasein schaffen.

Mit diesem wirtschaftlichen Programm der autständigen Führung öffentlicher Institutionen ist wohl den bisherigen Machthabern in den Gemeindestuben der Fehdehandschuh hingeworfen. Wenn auch die jetzigen Gemeinderäte ernannt sind und offiziell keine Verantwortung zu tragen haben, so kann doch niemand leugnen, daß diese Personen zugleich mit ihrem Amte zumindest auch die moralische Pflicht übernommen haben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß vom Gemeindevermögen nichts verschwinde, daß dieses vielmehr erhalten bleibe und aufgebaut werde. Ueber die Führung der jetzigen Gemeindevirtschaften herrscht allgemeine Klage und es ist eine der ersten Aufgaben dieser neuen Partei, hierin einen durchgreifenden Wandel zu schaffen und die notwendige Verbesserung anzubahnen. Die Öffentlichkeit der Gemeinderatsbeschlüsse, überhaupt die Veröffentlichung der Richtlinien der Gemeinden in wirtschaftlicher Beziehung, ist bisher sträflich vernachlässigt worden.

Was ist an positiver Arbeit geleistet worden? Wer hat gehört, daß in den Gemeinden irgend etwas Tatkraftiges beispielsweise gegen die Wohnungsnot auch nur beschlossen wurde, geschweige denn, daß von dort her eine wirkliche Linderung dieses Übels ausgegangen wäre? Es ist ein wertvolles Jahr zum unermesslichen Schaden der Gesamtheit fruchtlos für Selbstverständlichkeiten und Nebensächlichkeiten und für persönliche Eitelkeiten verschwendet worden, währenddem dem größten Teile der Bevölkerung immer mehr unnötige Unfreiheit im eigenen Hause aufgebürdet wurde. Trotz dieser Passivität hat z. B. die jetzige Cillier Gemeindevertretung über ein Jahr die moralische Verantwortung für diese Wirtschaft getragen, ohne sich auch nur mit den Gedanken an Neuwahlen zu befassen. Die wiederholt erhobene Forderung nach der Selbstverwaltung der Gemeinde auf Grund von Wahlen ist wirkungslos verhallt. Wenn die Männer, die heute der neuen Wirtschaftspartei angehören, schon vor einem Jahre freigewählt in die Gemeindestube eingezogen wären, so hätte diese Wirtschaft nie einreißen können oder es wären eben diese ernsthaften Männer zurückgetreten; und sie würden ihre Stellen umso eher niedergelegt haben, wenn kein Votum der Bevölkerung sie an ihren Platz gesetzt hätte.

Die neue Partei versagt sich jedoch einen persönlichen Kampf gegen alle, weil es immerhin möglich ist, daß die eine oder die andere Person, z. B. der nur in der juristischen Sektion sitzende Mandatar, auf wirtschaftliche Fragen gar keinen Einfluß hat.

Aber im großen und ganzen hat diese Wirtschaft Schlechtes gezeitigt und darum will die neue Partei von diesen Männern nichts wissen.

Wir wünschen der neuen Partei gute Erfolge, denn sie ist unserer Ansicht nach aus gesunder Ge-

genbestrebung gegen ungesunde Verhältnisse entstanden und wird mit dem ehrlichen Willen, welcher hier am Werke ist, gewiß das Vertrauen rechtfertigen, das ihr geschenkt wird. Vor allem wird man es gerne sehen, wenn in allen Gemeinden bodenständige Bürger, welche für die Wirtschaft ihres Gemeinwesens ein angestammtes und von ihrer Kindheit her anerzogenes Gefühl haben, zum Wiederaufbau der zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen möchten. Hoffentlich wird es auch gelingen, die nationale Gerechtigkeit und überhaupt den Anstand und die Würde im unvermeidlichen politischen Kampfe dem Gegner, wenn schon nicht aufzuzwingen, so ihm doch durch das eigene Beispiel dazu die Anleitung zu geben.

Wir wollen den Wahlkampf im Geiste dieser Partei mitmachen. Das Nationalgefühl ist uns ein so tiefer Wert, ein so unverbrüchliches Eigentum, daß wir uns nichts vergeben, wenn wir unter den gegenwärtigen Umständen die Wahlen nicht mit dieser besonderen Lösung betreiben wollen.

Zur Wohnungsnot.

In der Cillier Zeitung vom 20. Dezember v. J. veröffentlichten wir unter der Aufschrift „Vorschlag zur Behebung der Wohnungsnot“ einen längeren Aufsatz, in welchem die Neuherstellung eines Wohngebäudes mit etwa 50 Wohnungen unter Beihilfe von Stadt, Land und Staat angeregt wurde. Diese Anregung hat eine Anzahl von Cillier Bürgern aufgegriffen und unter Anführung der in unserer Zeitung vorgebrachten Argumente und Daten eine diesbezügliche Eingabe an die gegenwärtige Gemeindevertretung gerichtet. Wie nun die hiesige „Nova Doba“ zu berichten weiß, hat sich der städtische Beirat in seiner letzten Sitzung mit der Denkschrift befaßt und beschlossen, sich an das staatliche Wohnungsamt in Laibach mit der Frage zu wenden, ob der Staat zu einer Beisteuer bereit wäre. Es wäre also die Behebung der Wohnungsnot aus dem Bereiche der öffentlichen Erörterungen in das Stadium amtlicher Beratung und praktischer Durchführung übergetreten. Wie andauernd diese Angelegenheit die breite Öffentlichkeit beschäftigt, beweist eine Zuschrift, die wir aus unserem Leserkreise über den gleichen Gegenstand erhalten haben. Wir geben den Ausführungen, die auf einem ähnlichen Gedanken aufgebaut sind wie unser eigener Artikel, hier umso lieber Raum, als sie geeignet sind, unseren Vorschlag zu stützen, zu ergänzen und zu erweitern, und sprechen den Wunsch aus, daß auch diese sachlichen und instruktiven Darstellungen bei den amtlichen Stellen die gebührende erste Aufmerksamkeit finden mögen. Die Zuschrift hat folgenden Wortlaut:

Bekanntlich ist es den Hausbesitzern nach der auch bei uns noch in Kraft stehenden österreichischen Mieterschutzverordnung nicht gestattet, den Mietzins der eingetretenen Geldentwertung entsprechend zu regulieren. Da also von privater Seite auf den Bau von Wohnhäusern nicht zu rechnen ist, so wäre nach einem Wege zu suchen, der erstens den wohnungsbedürftigen Bewohnern unserer Stadt sowohl als auch jenen der Gemeinde Umgebung Cilli anständige Wohnräume schafft, zweitens den derzeitigen Wohnungsinhabern die von ihnen gemieteten Räume zur Gänze beläßt und drittens den Hausbesitzern das freie Verfügungsrecht über die freierwerdenden Wohnungen ihrer Häuser bringt. Wie dieser Weg wohl gefunden werden kann? Sehr einfach, wenn folgende Anregung von den betroffenen Gemeinden beherzigt und verwirklicht werden würde.

Die Gemeinde hat zunächst zu erheben, wer berechtigt ist, in der Stadt oder Gemeinde Umgebung Cilli zu wohnen. Sodann wäre die Anzahl der wohnungsbedürftigen Familien und die zur Behebung der Wohnungsnot notwendigen Wohnungen festzustellen. Sobald dieses statistische Material gesammelt ist, müßte bestimmt werden, wieviel Häuser zur Unterbringung dieser wohnungsbedürftigen Familien erforderlich sind, wobei gedacht ist, daß diese Häuser größere und auch kleinere Wohnungen haben sollen, um den Bedürfnissen Rechnung zu tragen; doch soll die Anzahl der Wohnungen auf 8 oder 10 pro Wohnhaus beschränkt werden, um nicht allzu große Zinskasernen bauen zu müssen, die in den Rahmen unseres Stadtbildes nicht hineinpassen würden.

Die Herstellung dieser Wohnhäuser müßte den schwierigen und kostspieligen Materialbeschaffungsverhältnissen Rechnung tragen und könnte daher im Kiegelbau erfolgen. Ein solches Wohnhaus mit 8 bis 10 Wohnungen dürfte schätzungsweise 300.000 bis 350.000 kosten, wobei angenommen wird, daß der Baugrund von der Gemeinde kostenlos abgetreten wird. Alle Mieter der Stadt haben die Baukosten zu tragen, weil sie den großen Vorteil der Mieterschutzverordnung genießen, die bestimmt, daß der Mietzins vom Hausbesitzer nicht erhöht, die gemietete Wohnung auch nicht aufgekündigt werden darf. Wenn also trotz der großen Entwertung unserer Valuta und des dadurch wesentlich gestiegenen Einkommens aller Berufsschichten die Mietzinse fast gleich geblieben sind wie vor dem Kriege, so ist es nur recht und billig, daß alle Wohnungs- und Gewölbe-Inhaber ihr Scheißel in dazu beisteuern, um den wohnungsbedürftigen Familien gleich billige Wohnungen zu schaffen, was sie umso leichter tun können, da ihnen dadurch die Abgabe von Wohnungsbestandteilen (Zimmern, Kabinetten, Küchen etc.) erspart bleiben würde, und jeder wird gerne seinen Anteil bezahlen, wenn ihm dies garantiert wird.

Die Baukosten wären also in Form einer städtischen Wohnungsfürsorgeumlage aufzubringen, deren Höhe sich natürlich nach der Anzahl der gemieteten Wohnzimmer richten müßte. Je mehr Zimmer jemand gemietet hat, desto höher müßte die Umlage sein. Denkt man sich z. B., daß die städtische Wohnungsfürsorgeumlage für eine Wohnung bestehend aus:

1 Zimmer	50.—	pro Jahr
2 Zimmern	125.—	" "
3 "	300.—	" "
4 "	500.—	" "
5 "	750.—	" "
6 "	1000.—	" " usw.

betragen würde und daß von Privaten für Kanzleizwecke verwendete Wohnzimmer mit einer noch höheren Wohnungsfürsorgeumlage bedacht werden, so läme man bei einem schätzungsweisen Mieterstande von 2000 Wohnungen in beiden Gemeinden auf eine jährliche Wohnungsfürsorgeumlage von durchschnittlich 300.— pro Wohnung, was pro Jahr 600.000.— ergibt. Von diesem Betrage soll die eine Hälfte, also 300.000.—, zur Verzinsung des Baukapitals und die andere Hälfte zu dessen Amortisation verwendet werden. Wenn für das Baukapital 5% Zinsen bezahlt werden, so gäbe dies eine Anleihe von 6.000.000.—, wofür man 15 bis 20 Wohnhäuser mit je 8 bis 10 Wohnungen bauen könnte. Man bekäme so insgesamt zirka 150 Wohnungen, mit welchen die in den beiden Gemeinden herrschende Wohnungsnot überreichlich behoben wäre. Diese Wohnhäuser liegen sich in 6 bis 8 Monaten fertigstellen und ehe der nächste Winter ins Land zieht, wäre alle Wohnungsnot beseitigt. Rechnet man, daß diese neuen Wohnungen einen jährlichen Mietzins von durchschnittlich 600.— pro Wohnung tragen und auch der proportionierten Wohnungsfürsorgeumlage unterliegen, so kämen aus diesen neuen Wohnhäusern jährlich ein: 90.000.— an Mietzins (150 Wohnungen à 600.—) abzüglich ca. 35.000.— für Steuer, normale Umlagen und Erhaltungskosten. Es blieben also rein 55.000.—; hierzu die Wohnungsfürsorgeumlage von durchschnittlich 30.— pro Wohnung (150×300) d. s. 45.000.—, somit zusammen 100.000.—, die zur Amortisation des Baukapitals zu verwenden sind. Somit würden jährlich 400.000.— zur Amortisation des Baukapitals zur Verfügung stehen und da sich das zu verzinsende Baukapital um diesen Betrag jährlich reduziert, so ermäßigen sich auch die Zinskalarzinsen und die jährlich abzuzahlende Amortisation erhöht sich um die Zinnersparnisse des reduzierten Baukapitals und das Baukapital von 6.000.000.— würde in ca. 10 Jahren zur Gänze amortisiert sein.

Durch die Verwirklichung dieses Projektes könnte die Stadt Gills beunruhigend der allgemeinen Wohnungsnot steuern, die Bauängste heben und sich einen Immobilienwert schaffen, aus dem sie viele Jahre Nutzen ziehen kann. Die Bewohner aber werden der Stadt dankbar sein, daß sie hier helfend eingegriffen hat, ihnen ihre Wohnräume, soweit sie bisher an andere Personen abgegeben werden mußten, wieder zurückgibt und den Hausbesitzern das freie Verfügungsrecht über etwa freizumachende Wohnungen wieder einräumt.

Politische Rundschau.

Inland.

Das neue Wahlgesetz.

Dem Ministerrate liegt der Verordnungsentwurf über das neue Wahlgesetz vor. Hiernach würde das gewöhnliche Parlament 300, die große Nationalversammlung 600 Abgeordnete zählen; im ersten Falle würde ein Abgeordneter auf 40.000, im letzteren Falle auf 20.000 Einwohner entfallen. Ueber die Frage des Frauenwahlrechtes soll in der Konstituante entschieden werden. Die Wahlen für das Parlament und allenfalls auch für die Konstituante sollen am 16. April vorgenommen werden.

Die Gemeindewahlen in Slowenien.

Die Gemeindewahlen in Slowenien werden im Laufe des Monats Februar vorgenommen werden. Einzelheiten über die Wahlordnung bringen wir in der nächsten Nummer unseres Blattes.

Die jugoslawische Seemacht.

Der „Politika“ zufolge hat der Oberste Rat dem jugoslawischen Königreich zwölf abgerüstete Torpedoboote für den Polizeidienst und für die Bewachung unserer Küsten zugeteilt. Diese Schiffe werden, wie das Blatt hinzufügt, unsere ganze Seemacht auf der Adria bilden.

Die Änderungen im Kompensationsvertrage mit Deutschösterreich.

Der Kompensationsvertrag mit Deutschösterreich vom 1. September 1919 wurde in den Durchführungsbestimmungen und in den Zahlungsmodalitäten abgeändert. Darnach erfolgt die Umrechnung der beiderseitigen Valuten auf Grund der Durchschnittsnote der Belgrader Börse mit rückwirkender Kraft vom 1. November v. J. und nicht mehr im Verhältnisse 1:1. Solange in Belgrad deutschösterreichische Kronen nicht notiert werden, wird der Kurs der Agramer Börse laut dem amtlichen Kursblatte zur Grundlage genommen. Die Warengattungen sollen in beiden Staaten in der inländischen Valuta laufend verrechnet und nur die Unterschiede zwischen dem Einfuhr- und dem Ausfuhrwerte beglichen werden.

Ausland.

Das neue deutsche Reichswappen.

Die deutsche Reichsregierung hat als neues Reichswappen den entküpften schwarzen Adler auf goldgelbem Schilde gewählt. Der Adler wird in einfacher heraldischer Form ohne jedes Beiwerk dargestellt.

Die deutschen Parlamentarier in Rumänien.

Der Großteil der deutschen Parlamentarier in Rumänien hat sich in der Deutschen Volkspartei zusammengeschlossen. Sie zählt gegenwärtig 12 sächsische und 8 schwäbische Abgeordnete und Senatoren. Zum Präsidenten der Partei wurde der Abgeordnete Rudolf Brandisch aus Hermannstadt gewählt. Außerhalb der Deutschen Volkspartei stehen die beiden besserhabenden Abgeordneten und der besserhabende Senator sowie der Czernowitzer Abgeordnete Ripper.

Die tschechoslowakische Verfassung.

Die tschechoslowakische Nationalversammlung wird aus zwei Kammern, aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senate, bestehen. Erstere wird ungefähr 300, letzterer ungefähr 150 Mitglieder zählen. Gewählt wird nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrecht. Die Verfassung sieht das Frauenwahlrecht und die Verhältniswahl vor. Die anderssprachigen Minderheiten werden an allen Orten, wo sie wenigstens 20% der Bevölkerung ausmachen, den Anspruch erhalten, daß für sie in ihrer Amtssprache amtiert wird und daß ihre Angelegenheiten auch in allen höheren Instanzen und in der höchsten Instanz in ihrer Sprache erledigt werden.

Die polnischen Finanzen.

Einer Prager Meldung zufolge hat der polnische Staat seit dem Umsturz 176 Milliarden Schulden gemacht.

Aus Stadt und Land.

Der Parteienverkehr beim Stadt-amte wurde schon vor einigen Monaten nur mehr auf gewisse Wochentage beschränkt, was für die

Parteien Anlaß zu vielen Unzukömmlichkeiten bildet. Es kommt vor, daß beispielsweise an Montagen noch Duzende von Leuten am Stadtamte warten, die jedoch, da es unterdessen 12 Uhr wird, unverrichteter Dinge abziehen müssen, um erst am folgenden Mittwoch wieder kommen zu können. Wir meinen daher, daß die volle Amtierung an allen Werktagen ehestens wieder aufzunehmen wäre, zumal da unseres Erachtens von einem Mangel an Beamten nicht gesprochen werden kann.

Die Schalterstunden beim Postamt in Gills zur Aufgabe der rekommandierten Sendungen und zum Verkauf der Wertzeichen sind an Wochentagen von 8—12 Uhr vorm. und von 2—6 Uhr nachm., an Sonn- und Feiertagen von 8—10 Uhr vorm. Das Publikum wird aufmerksam gemacht, daß die in der letzten Zeit wieder zahlreicher umlaufenden ungestempelten, d. i. deutschösterreichischen Ein- und Zweikronennoten bei uns wertlos sind und daher vom Postamt nicht angenommen werden können.

Mietzinssteigerung. In der vorletzten Nummer brachten wir eine Verlautbarung der hiesigen staatlichen Wohnungskommission, nach welcher Hausbesitzer, die die Mietzinse um mehr als 20% steigern, die Verfolgung wegen Preistreiberei zu gewärtigen haben. Diese Verlautbarung wird nun, wie es sich zeigt, vom Gemeindebeirat nicht ernst genommen, denn in der letzten Sitzung des Beirates wurde der Beschluß gefaßt, die Mietzinse in den städtischen Häusern um 80% zu erhöhen. Wir sind neugierig, ob dieser Beschluß auch die in der Verlautbarung der Wohnungskommission angedrohten Folgen nach sich ziehen wird.

Vor der hiesigen Volksschule spielte sich, wie uns ein Augenzeuge mitteilt, kürzlich nach Schluß des Unterrichtes ein Vorfall ab, den wir, um uns verständlich auszudrücken, behutsam umschreiben müßten. Wir beschränken uns auf diese Andeutung in der Annahme, daß die im Sinne der Schulvorschriften vorgesehene Aufsicht am betreffenden Tage nur durch einen Zufall unterblieben ist.

Tanzabend. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Tanzabend der Schwestern Mica und Elvira Snur am 16. Jänner um 8 Uhr abends im großen Saale des Hotels Union stattfindet. Die Vorzüge der beiden kleinen Künstlerinnen sind nach mündlichen Mitteilungen und Zeitungsnachrichten so hervorragend, daß dem Publikum ein erlesener Genuß versprochen werden kann. Möge kein Freund der höheren Tanzkunst es versäumen, diesem Abend beizuwohnen. — Vormerkungen für den Abend nimmt Frau E. Deisinger, Gregoriedva ulica (Karolinengasse) 3 entgegen. Im Interesse des Zustandekommens der Veranstaltung wird ersucht, sich rasch vormerken zu lassen, da, falls keine genügende Anzahl der Vormerkungen vorliegt, der Abend abgesagt werden müßte.

Eine neuerliche Verteuerung der Rauchwaren ist zufolge der neuen Valutaberechnung 1 Dinar : 4 Kronen eingetreten. Die Steigerung beläuft sich auf fast 12%. Nach dem neuen Tarif wird z. B. eine Britannica oder Trabucco zwei Kronen, eine Regalita 2 R 40 H, eine Ruba-Portorico 1 R 60 H kosten.

Die Richtlinien für die Gottscheer werden in der Neujahtsnummer der Gottscheer Zeitung so treffend gekennzeichnet, daß wir die wesentlichen Ausführungen hier wiedergeben, zumal sie auch auf unsere hiesigen Verhältnisse anwendbar sind. Das Blatt sagt: „Ueber unsere nationale Arbeit im neuen Jahr kann nicht viel geschrieben werden, weil wir nicht wissen, wie weit die Behörden den bisher ausgeübten Druck zu mildern gesonnen sind und weil uns noch nicht bekannt ist, wie weit der vor kurzem vertragsmäßig festgestellte Schutz völkischer Minderheiten reicht. So wollen wir uns einfließen jener Rechte bedienen, die man uns bisher noch gelassen hat. Jeder rede und schreibe dort deutsch, wo er es noch darf; jeder schide seine Kinder in die deutschen Klassen, solange diese noch bestehen; jeder empfinde es als heilige Pflicht, seinem Volke deutsche Treue zu bewahren. Unwürdig und schmähtlich wäre es, um augenblicklichen Vorteiles willen Ueberläufer und Verräter zu werden. Und nun noch etwas über die politische Arbeit. Die künftige Politik wird es wohl sein, daß wir jederzeit geeint dastehen und uns im übrigen nicht zu viel über das politische Getriebe unserer Nachbarn erheben es sei denn, daß wichtige, die Allgemeinwohl betreffende Fragen unsere Stellungnahme erheischen. Die erste im neuen Jahre uns Gottscheer interessierende politische Arbeit werden die Gemeindewahlen sein. Jeder stehe dann auf dem Platze, wohin er gehört.“

Der Personenverkehr auf der Südbahn ist seit 11. d. M. an Sonntagen im Ausmaße der Fahrordnung an Wochentagen wieder aufgenommen worden.

Das Laibacher Wohnungsamt selbst obdachlos. Das Laibacher Wohnungsamt, welches bisher in den Räumen der Polizeidirektion untergebracht war, mußte diese Räume dem neuerrichteten Polizeiamte gegen Schmuggel- und Kettenhandel überlassen. Da nun das Wohnungsamt in ganz Laibach keine Amtsräume finden konnte, mußte es seine Tätigkeit einstellen.

Bei einer Elite-Unterhaltung, die vor einigen Tagen im Laibacher Narodni Dom stattfand, entspann sich nach einer Meldung der Jugoslavija spät in der Nacht ein Wort- und Faustkampf. In wilder Raserei biß jemand seinem Gegner die Nase ab.

Aus Hohenmarten meldet die sozialdemokratische Volksstimme: Wie bekannt, wurde in Hohenmarten in der Schule der obligatorische Unterricht der slowenischen Sprache eingeführt und der deutsche Unterricht zur Gänze eingestellt. Da die Bevölkerung damit nicht zufrieden war, so beschloß die sozialdemokratische Partei, für die Einführung des deutschen Unterrichtes neben dem slowenischen eine

Aktion einzuleiten, wenn ein entsprechender Teil der Bevölkerung das wünscht. Zu diesem Zwecke wurden Unterschriften gesammelt. Das ging alles in vollster Ruhe ab, ohne jede Gefährlichkeit und nun hören wir, daß Gen. Graf Karl, der Obmann der Partei und Knall Alois am 6. d. M. verhaftet wurden. Wir haben selbstverständlich alle Schritte eingeleitet, um die Genossen aus den Klauen der Reaktion zu befreien, möchten aber schon jetzt die maßgebenden Kreise auf das entschiedenste warnen, mit dem Feuer zu spielen, da dies sehr verhängnisvolle Folgen zeitigen könnte, und zwar nicht für die Arbeiter, sondern für jene, die etwas zu verlieren haben.

Wirtschaft und Verkehr.

Dem abgeänderten Kompensationsverträge mit Deutschösterreich zufolge hat dieses die Valutadifferenz für sämtliche Lieferungen seit dem 1. November 1919 nachzuzahlen. Unwillkürlich drängt sich nun die Frage auf: Wem kommen diese respektablen Beträge zugute? Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die vielen Millionen im Säckel des Staates spurlos verschwinden werden. Da dieser Valutaüberschuß einer-

seits eine ganz unglaublich hohe indirekte Steuer und andererseits eine kontrollose Einnahme des Staates vorstellt, so ist im Sinne einer demokratischen Wirtschaft mit allem Nachdruck zu verlangen, daß über die Verwendung des Geldes klare und eindeutige amtliche Äußerungen in die Öffentlichkeit kommen.

280 Milliarden für Mitteleuropa. Der Vertreter Englands für Finanzfragen, Sir Georges Paish, weist gegenwärtig in Amerika, um einen Kredit von 280 Milliarden Francs für die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in Mitteleuropa zu erwirken. Davon sollen 80 Milliarden für den Ankauf von Rohmaterialien, 80 Milliarden für den Wiederaufbau von verwüsteten Gegenden und der Rest für die Rückvergütung der ausländischen Anleihen verwendet werden.

Neues Kleingeld. Der Finanzminister hat beschlossen, Papierkleingeld zu 2½ Para oder 10 Hellern, zu 5 Para oder 20 Hellern und zu 25 Para oder einer Krone ausarbeiten lassen. Dieses Kleingeld wird den Charakter von Dinar-Kronen haben, da auf der einen Seite der Wert in Para, auf der anderen in Hellern bezeichnet sein wird.

Hotel UNION, Cilli

Mittwoch, 14. Jänner, im grossen Saale

Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der

vollständigen Marburger Militärkapelle

unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn FRANZ HERZOG.

Beginn 8 Uhr abends. **Konzert bis 12 Uhr, hernach Tanz**

Eintritt 5 Kronen.

Hiezu ladet höflichst ein

der Hotellier M. Martinović.

Tüchtiger Mann, 37 Jahre alt, der slowenischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht Stelle in einem grösseren Betriebe als

Werkführer

Magazineur oder Verwalter. Gute langjährige Zeugnisse. Auf Wunsch auch persönliche Vorstellung. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 25529

Kunstgewerblerin

empfiehlt sich zur Anfertigung feiner Handarbeiten (Richelieu, Madeira und Buntstickerei, Reticella und genähten Spitzen) und Handarbeitsentwürfen. Aufträge werden im Modistengeschäft M. Smolnik, Rathausgasse (Prešernova ulica) Nr. 22 übernommen.

Im Hoch-, Platt- und Weißsticken gibt Nachmittag

Unterricht

Anfragen im Geschäft Srimz, Grazerstrasse (Kralja Petra cesta).

Uebernehme

Notenschreiben

Anfragen zu richten: Schulgasse 11 (Gemeindehaus), Parterre rechts.

Perfekte

Herrschaftsköchin

wird für sofort auf Schloss Reifenstein bei St. Georgen S.-B. aufgenommen.

Mechaniker - Lehrling

wird aufgenommen bei Anton Neger, Herrngasse (Gospiska ulica).

Die Anfertigung aller Art Wäsche

von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung wird übernommen Rathausgasse (Prešernova ulica) Nr. 14, I. Stock, im Hause Kropitsch.

Zusammenlegbares Eisenbett

hochelegantes modernes Waschservice, eine Kleiderpuppe, 100 Eisolenstangen ist wegen Abreise billig abzugeben. Tschret Nr. 37 bei Cilli.

Älteres Ehepaar (Pensionist) in vollkommen geordneten Verhältnissen, sucht in einem kleinen Orte Südsteiermarks

wirtschaftlichen Zusammenschluss

mit alter Dame oder Herrn. Zuschriften sind zu richten unter „Zusammenschluss 25531“ an die Verwaltung der Cillier Zeitung.

Hübscher Bauernbesitz

über 40 Joch Acker, Weingarten und Wald, ist sofort zu verkaufen. Anzufragen Forsthof bei Cilli.

Gut möbliertes

Zimmer

von distinguiertem Ehepaar dauernd zu mieten gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 25535

Klavier

zu verkaufen. Anzufragen in der Tabaktrafik Kralja Petra cesta 23.

Ein Paar

starke Stiefel

Nr. 43, sind zu verkaufen. Anzufragen bei der Hausmeisterin im Hause der Mehlmiederlage der Stadtmühle.

Pflaumenlekvar

in Fässern, nur engros erhältlich, bei der Grosshandlung

„FRUCTUS“, Akt.-Ges.

im selben Hause, wo

Isidor SCHOLLER's Sohn

Zagreb, Vlaska ul. 21.

Telephon 106.

Telegramme: Fructus-Zagreb.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, welche uns anlässlich des Ablebens unseres geliebten Gatten, Vaters, Grossvaters und Schwiegervaters, des Herrn

Caspar Treo

entgegengebracht wurden, sowie für die ehrende Beteiligung am Leichenbegängnisse sprechen wir hiermit Allen unseren herzlichsten Dank aus.

Familien Treo, Zeischegg, Weren.